

Richter überrascht: Chicken Nuggets retten Albaner vor Abschiebung!

Britischer Richter entscheidet, dass Chicken Nuggets ein Grund sind, um die Abschiebung eines Albaners und dessen Sohnes zu verhindern.



Großbritannien - In einem spektakulären Fall sorgt ein britisches Gericht für Aufregung: Ein Richter hat entschieden, dass die Essgewohnheiten eines zehnjährigen Jungen aus Großbritannien einen Albaner, der illegal im Land lebt, vor der drohenden Abschiebung bewahren. Klevis D., der sich 2001 unter falschem Namen als Flüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien ins Vereinigte Königreich schlich, wurde aufgrund seiner kriminellen Vergangenheit, einschließlich der Sicherstellung von 250.000 Pfund Schwarzgeld und einer zweijährigen Haftstrafe, die Staatsbürgerschaft entzogen. Doch sein Sohn, der spezielle Vorlieben für die britische Variante von Chicken Nuggets hat und sensorische Schwierigkeiten mit gewissen Kleidungsstücken hat, stellte sich als entscheidender

Faktor heraus, wie **Kosmo.at** berichtete.

Ein Urteil mit politischen Konsequenzen

Der Richter befand, dass eine Abschiebung eine „übermäßige Härte“ für den Jungen darstellen würde, was daraufhin zu einem vorläufigen Stopp der Abweisung führte. Diese Entscheidung wirft nicht nur Fragen zur Fairness der britischen Einwanderungsgesetze auf, sondern sorgt auch für politischen Druck auf die von Labour geführte Regierung, die mit steigenden Forderungen nach einer härteren Linie gegenüber kriminellen Ausländern konfrontiert ist. Die Zahl offener Asylanträge hat sich in den letzten zwei Jahren aufgrund von Überlastungen in den Justiz- und Verwaltungsstrukturen vervielfacht, was die Situation weiter kompliziert. Kritiker aus der konservativen Tory-Partei sehen in dem Urteil eine „Beleidigung für die britische Öffentlichkeit“ und argumentieren, dass dieses Beispiel zeige, wie „ausländische Kriminelle die Menschenrechtsgesetze und schwache Richter rücksichtslos ausnutzen“, wie **Bild.de** berichtete.

Während der Fall derzeit an die niedrigere Instanz zurückverwiesen wurde, bleibt unklar, wie die finale Entscheidung aussehen wird. In einem System, das sowohl von Menschenrechtsabkommen als auch von gesellschaftlichen Forderungen geprägt ist, könnte dieser Fall die Kontroversen um die britischen Einwanderungsgesetze weiter anheizen und das öffentliche Vertrauen in die Justiz untergraben.

Details	
Vorfall	Einwanderung
Ursache	Betrug, Nahrungsmittel-sensibilität
Ort	Großbritannien
Festnahmen	1
Schaden in €	300000
Quellen	• www.kosmo.at • www.bild.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at